An

|  |
| --- |
|  |

(Anschrift Bewilligungsbehörde)

**Antrag auf Gewährung einer Zuwendung**

**unter Einsatz von Mitteln aus dem**

**Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) 2014-2020**

**„Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“**

Personenbezogene Bezeichnungen im Antrag sowie den dazugehörigen Anlagen beziehen sich in gleicher Weise auf beide Geschlechter.

|  |
| --- |
| **1. Antragstellerin** |
| * 1. **Allgemeines**
 |
| Name/Bezeichnung |  |
| Anschrift | Straße, Hausnummer, PLZ, Ort, Kreis |
| Amtlicher Gemeindeschlüssel (des Sitzes der Antragstellerin) |  |
| Regierungsbezirk |  |
| Vertretungsberechtigte  | Name/Funktion |
| Auskunft erteilt | Name/Telefon/E-Mail |
| * 1. **Soweit zutreffen**
 |
| Rechtsform | z.B. GmbH, GmbH & Co. KG, KG, GbR |
| Handels-, Vereins- oder Partnerschaftsregisternummer(aktueller Auszug ist beizufügen) |  |
| * 1. **Bankverbindung**
 |
| Kontoinhaberin | Kreditinstitut |
| IBAN | BIC |

|  |
| --- |
| **2. Vorhaben** |
| **2.1 Allgemeines** |
| Bezeichnung |  |
| Durchführungszeitraum | von/bis (Monat/Jahr) |
| **2.2 Soweit zutreffend** |
| Durchführungsort (Adresse und amtlicher Gemeinde-schlüssel, falls von Anschrift abweichend)  |  |
| Förderempfehlung aus Wettbewerb oder Aufruf  | Name des Wettbewerbs oder Aufrufs, Datum der Förderempfehlung |
| Das beantragte Vorhaben ist Bestandteil des folgenden integrierten oder regionalen Handlungskonzeptes: |  |
| Das beantragte Vorhaben ist Bestandteil des folgenden Kooperationsprojektes: |  |
| **2.3 Kurzbeschreibung des Vorhabens** (Kann für die Öffentlichkeitsarbeit des Zuwendungsgebers verwendet werden.Wenn das Vorhaben Teil eines Kooperationsvorhabens ist, erfolgt hier in der Regel die Kurzbeschreibung des gesamten Kooperationsvorhabens mit einem Hinweis darauf, welchen speziellen Beitrag das Teilvorhaben zu diesem Kooperationsprojekt leistet.) |
|  |
| **2.4 Notwendigkeit des Vorhabens**U.a. Ziel, Nutzen, Zusammenhang mit anderen Vorhaben, Vorhaben desselben Aufgabenbereichs in vorhergehenden oder folgenden Jahren. |
|  |

|  |
| --- |
| **3. Finanzierungsplan** |
|  | Gesamt | Zeitpunkt und Höhe der **vrsl. Fälligkeit der Zahlung** durch die Antragstellerin |
| 20\_\_\_ | 20 \_\_\_ | 20 \_\_\_ | 20 \_\_\_ |
| in EUR |
| 3.1 Gesamtausgaben |  |  |  |  |  |
| 3.2 In 3.1 enthaltene, grundsätzlich zuwendungsfähige Ausgaben1 |  |  |  |  |  |
| 3.3 Davon in 3.2 enthaltene fiktive Ausgaben für Bürgerschaftliches Engagement2 |  |  |  |  |  |
| 3.4 Einnahmen  (ohne öffentliche Förderung)1 |  |  |  |  |  |
| 3.5 Bemessungsgrundlage (zuwendungsfähige Ausgaben in 3.2 abzgl. Einnahmen in 3.4) |  |  |  |  |  |
| 3.6 Zweckgebundene Spenden3 |  |  |  |  |  |
| 3.7 Eigenmittel  (einschl. Kredite) |  |  |  |  |  |
| 3.8 Weitere bewilligte/ beantragte öffentliche Förderung für dieses Vorhaben durch \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ |  |  |  |  |  |
| 3.9 Beantragte Förderung (3.5 abzgl. 3.7 und 3.8 sowie ggf. abzgl. 3.6 wenn 3.7 <10 %) |  |  |  |  |  |
| 1Detaillierte Auflistung der Ausgaben und Einnahmen in Anlage „Übersicht der Ausgaben und Einnahmen“2Die Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements ist dadurch begrenzt, dass die Zuwendung die Summe der tatsächlich verausgabten förderfähigen Gesamtausgaben nicht übersteigen darf.3 Zweckgebundene Spenden bleiben, vorbehaltlich anderer gesetzlicher Regelungen, für die Bemessung der Zuwendung außer Betracht, soweit der Zuwendungsempfängerin ein aus eigenen Mitteln zu erbringender Eigenanteil i.H.v. 10 v.H. der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben verbleibt. |

|  |
| --- |
| **3.10 Notwendigkeit der Förderung des Vorhabens**U.a. Begründung Landesinteresse an dem Vorhaben, Aufführung möglicher Folgekosten für das Land. |
|  |
| 3.10.1 Alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten wurden geprüft, haben aber  |
| 3.10.2 Nur relevant für Gewinner eines Leitmarktwettbewerbes:Das Vorhaben dient der Entwicklung des Leitmarktes „\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_“ in Nordrhein-Westfalen und trägt damit unmittelbar zur Umsetzung der „Regionalen Innovationsstrategie des Landes Nordrhein-Westfalen im Rahmen der EU-Strukturfonds 2014 - 2020“ bei.  |
| **3.11 Weitere Anmerkungen** (falls von der Antragstellerin für notwendig erachtet) |
|  |

|  |
| --- |
| **4. Erklärungen** |
| Die Antragstellerin erklärt, dass |
| 4.1 |[ ]  sie bis jetzt keine staatliche Beihilfen erhalten hat, die Gegenstand eines anhängigen Rückforderungsverfahrens der EU-Kommission sind |
| 4.2 |[ ]  die beantragte Zuwendung nicht zur Verlagerung von Produktions- oder Dienstleistungseinrichtungen aus einem anderen EU-Mitgliedstaat verwendet wird |
| 4.3 |[ ]  gegen sie kein Rückforderungsverfahren aufgrund einer Produktionsverlagerung innerhalb eines Mitgliedstaates oder in einem anderen EU-Mitgliedstaat anhängig ist bzw. war |
| 4.4 |[ ]  gegen sie aktuell kein Rückforderungsverfahren im Zusammenhang mit einer Landesförderung anhängig ist bzw. in den letzten zwei Jahren kein Rückforderungsverfahren im Zusammenhang mit einer früheren Landesförderung eingeleitet wurde  |
| 4.5 |[ ]  mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird (vgl. Nr. 1.3 VV/VVG zu § 44 LHO |
| 4.6 |  | sie bei der Durchführung des Vorhabens zum Vorsteuerabzug |
|  | [ ]  | berechtigt ist und dies bei der Berechnung der Gesamtausgaben berücksichtigt hat (die Höhe der Vorsteuerabzugsberechtigung ist auf einem gesonderten Blatt darzustellen) |
|  | [ ]  | nicht berechtigt ist |
| 4.7 |  | die Weiterleitungsempfängerin im Falle der zulässigen Weiterleitung bei der Durchführung des Vorhabens zum Vorsteuerabzug |
|  | [ ]  | berechtigt ist und dies bei der Berechnung der Gesamtausgaben berücksichtigt hat  |
|  | [ ]  | nicht berechtigt ist |
| 4.8 |  | Nur für Hochschulen und Forschungseinrichtungen: Dieser Antrag ist für den |
|  |[ ]  wirtschaftlichen Bereich |
|  |[ ]  nicht wirtschaftlichen Bereich |
| 4.9 |[ ]  das „Abkommen zur Auswahl von Vorhaben zur nachhaltigen Stadtentwicklung gem. Art. 7 Abs. 4,5 VO (EU) 1301/2013 und Art. 123 Abs. 6 VO (EU) 1303/2013“ mit der EFRE VB geschlossen wurde und als Kopie beigefügt ist. |

|  |
| --- |
| **5. Anlagen**  |
| **Allgemeine** |
| 5.1 |[ ]  Übersicht der Ausgaben und Einnahmen |
| 5.2 |[ ]  Ausführliche Vorhabensbeschreibung (im Fall der Leitmarktwettbewerbe identisch mit dem Bewerbungsbogen) |
| 5.3 |[ ]  Datenschutzrechtliche Erklärung (zur Aufnahme in die Liste der Vorhaben) |
| 5.4 |[ ]  Monitoringbogen |
| **Soweit zutreffend** |
| 5.5 |[ ]  KMU-Erklärung (für Unternehmen gem. Artikel 2 des Anhangs der Empfehlung der Kommission betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen vom 06.05.2003 (2003/361/EG)) |
| 5.6 |[ ]  De-minimis-Erklärung |
| 5.7 |[ ]  Antrag auf Zulassung eines DV-gestützten Buchführungssystems |
| 5.8 |[ ]  Antrag auf Zulassung eines elektronischen Zeiterfassungssystems |
| 5.9 |[ ]  Förderbereichsspezifische Angaben |
| 5.10 |[ ]  Aktueller Auszug aus dem Handels-, Vereins- oder Partnerschaftsregister |
| 5.11 |[ ]  Kooperationsvertrag (für die Antragstellung reicht der Entwurf aus) |
| 5.12 |[ ]  Baufachliche Stellungnahme |
| 5.13 |[ ]  Funktionsbeschreibungen und soweit vorliegend Arbeitsverträge und ggf. Qualifizierungsnachweise der im Projekt mitwirkenden Personen, sofern diese im Rahmen des Projektes abgerechnet werden sollen |
| 5.14 |[ ]  Bilanzen der letzten beiden Geschäftsjahre (ggf. vorläufig) einschließlich GuV |
|  |[ ]  Sonstige: \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ |
| **Nur relevant für Gewinner eines Leitmarktwettbewerbes:** |
| 5.15 |[ ]  Arbeits-, Zeit- und Ausgabenplan (AZA-Formular) einschließlich Erläuterungen zum Mengen- und Wertgerüst |
| 5.16 |[ ]  Ausführlicher Arbeitsplan des hier beantragten (Teil)-Projektes mit fachlichen Meilensteinen und inhaltlicher Beschreibung der im AZA angegebenen Arbeitspakete |
| 5.17 |[ ]  Verwertungsplan (Welche Ergebnisse sollen am Ende des Vorhabens vorliegen? In welcher Form, wann, durch wen und mit welchen Folgekosten sollen diese verwertet werden?) |
| 5.18 |[ ]  Netzplan für das Kooperationsprojekt zur Darstellung von Zeitpunkt und Art der Schnittstellen (Austausch von Informationen. Leistungen, Ergebnissen, etc.) zwischen den einzelnen Teilvorhaben (bitte genaue Angaben, was konkret zum jeweiligen Zeitpunkt ausgetauscht werden soll) |

|  |
| --- |
| **Die Angaben in diesem Antrag einschließlich aller Anlagen sind vollständig und richtig. Mir/uns ist bekannt, dass es sich bei der beantragten Zuwendung um eine Subvention im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (StGB) handelt und die nachfolgend aufgeführten Angaben subventionserhebliche Tatsachen gemäß § 1 Landessubventionsgesetz vom 24.03.177, § 2 Subventionsgesetz in der jeweils gültigen Fassung sind.** Im Einzelnen sind für die Bewilligung und Gewährung der Zuwendung folgende Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB:* Angaben zur Antragstellerin (Name, Sitz, Branche, Geschäftsbetrieb, Produktionsstätte, Anzahl der Beschäftigten, Jahresumsatz, Jahresbilanzsumme, Rechtsform und steuer- bzw. gesellschaftliche Verhältnisse)
* Angaben zum Vorhaben (z.B. Durchführungsort, Beginn des Vorhabens)
* Angaben im Finanzierungsplan
* Angaben zu Verlagerungsinvestitionen
* Angaben zu anderen öffentlichen Finanzierungshilfen
* Erklärung zur Einstufung als KMU, als eigenständiges, Partner- oder verbundenes Unternehmen sowie zu den Angaben zur Ermittlung der Größenklasse
* Erklärung über „De-minimis“-Beihilfen
* Erklärung, dass die Zahlung nicht eingestellt wurde, das Unternehmen nicht überschuldet ist und über das Vermögen kein Insolvenz-, Vergleichs-, Konkurs- Sequestrations- oder Gesamtvollstreckungsverfahren unmittelbar bevorsteht, beantragt oder eröffnet ist
* Angaben zu fehlenden Schutzrechtsaktivitäten in den letzten fünf Jahren
* Erklärung der Verwertungsabsicht

Subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB sind ferner alle Tatsachen, die für die Gewährung, Inanspruchnahme, das Belassen oder die Rückforderung der Zuwendung von Bedeutung sind. Dies betrifft die Angaben, die der Bewilligungsbehörde bei der Durchführung des Vorhabens nach dem Zuwendungsbescheid nebst Anlagen mitzuteilen sind sowie die Tatsachen in den Mittelabrufen, die die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendung betreffen.  |

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
|  |  |   |
| Unterschrift Vertretungsberechtigte(r) |  | Ort, Datum |